



A 10940
POSTVERTRIEBSSTÜCK
ENTGELT BEZAHLT

GRÜNE LIGA Netzwerk
Ökologischer
Bewegungen

LIGA LIBELL 160

20. OKTOBER 2016

GRÜNE LIGA BRANDENBURG

Einladung zur Landesmitgliederversammlung

Am Samstag, dem 26. November 2016 findet im Reimar-Gilsenbach-Saal im Haus der Natur in Potsdam, Lindenstraße 34, unsere diesjährige Mitgliederversammlung statt. Hierzu möchten wir Euch herzlich einladen. Geplant sind Vorträge rund um das Thema „Atomenergie“. Dr. Sebastian Pflugbeil (Physiker, Präsident der Deutschen Gesellschaft für Strahlenschutz und Bürgerrechtler) wird zu den Jahrestagen der Unfälle in Fukushima und Tschernobyl vortragen. Unsere Mitgliedsgruppen ha-



Das Haus der Natur in Potsdam

Foto: Hannes Rasch

ben die Möglichkeit, bis zum 12.11.2016 einen Tätigkeitsbericht für das Jahr 2015 bzw. einen Abriss über die diesjährige Arbeit schriftlich einzureichen. Diese Berichte werden als Anlage in den Rechenschaftsbericht aufgenommen. Zur Information aller werden sie auf der Versammlung verlesen oder von den anwesenden Gruppenmitgliedern persönlich vorgetragen. Ferner findet die Wahl des Landesvorstandes statt.

■ Jonas Köhler

Tagesordnung

11.00 Uhr Vortrag von Dr. Sebastian Pflugbeil
„Tschernobyl - Deutschland - Fukushima“

12.00 Uhr Mittagspause

12.45 Uhr Vorträge von

• Jan Haverkamp
„Atomkraftwerke in Polen“ (Arbeitstitel)

• Stephan Worsecck
(Anti-Atom-Bündnis Berlin und Potsdam)
„Versuchsreaktor BER II“ (Arbeitstitel)

• Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (angefragt)
„Endlagersuche und Standortwahl in Brandenburg“ (Arbeitstitel)

14.30 Uhr Diskussion

15.00 Uhr Kaffeepause

15.30 Uhr Formeller Einstieg
• Festlegung der Moderation und der Protokollführung
• Feststellung der Beschlussfähigkeit
• Annahme der Tagesordnung

15.35 Uhr Rechenschaftsberichte
• Bericht über die Vereinstätigkeit

• Berichte aus den Mitgliedsgruppen
• Informationen aus dem Landesbüro
• Bestätigung der Gremienvertreter

16.30 Uhr Finanzbericht und Haushaltsplan

• Finanzbericht
• Bericht der Revisionskommission
• Bestätigung des Haushaltsplanes

17.00 Uhr Wahl des Landesvorstandes

• Entlastung des Landessprecherrates
• Wahl der Wahlkommission
• Wahl der Schiedskommission
• Wahl der Revisionskommission
• Wahl des Landessprecherrates

18.00 Uhr Ende der Veranstaltung

« AKTUELLES < AKTUELLES > AKTUELLES »

DAS MINISTERIUM FÜR LÄNDLICHE ENTWICKLUNG, UMWELT UND LANDWIRTSCHAFT DES LANDES BRANDENBURG (MLUL) SUCHT EHRENAMTLICHE BIBERBERATER FÜR DAS LAND BRANDENBURG. WEITERE INFORMATIONEN ZU ANFORDERUNGEN, ANMELDUNG UND VERGÜTUNG FINDEN SIE UNTER: WWW.GRUENELIGA-BRANDENBURG.DE

Mühsam nährt sich das Eichhörnchen...

...auch bei der Umsetzung des Volksbegehrens gegen Massentierhaltung

Als am 14. Januar 2016 knapp 104.000 Brandenburgerinnen und Brandenburger für das Volksbegehren gegen Massentierhaltung unterschrieben haben, war das nicht nur ein riesiger Erfolg für die Initiatoren des Aktionsbündnisses Agrarwende Berlin-Brandenburg, sondern ein deutliches Signal an die Politik, dass die Menschen in Brandenburg einen Wandel in der Landwirtschaft wollen.

Zur Erinnerung: Bereits 80.000 Unterschriften hätten ausgereicht, um ein Volksbegehren in Brandenburg zu initiieren. Nach dem Volksbegehren „Nachtflugverbot BER“ ist es zudem erst das zweite erfolgreiche Volksbegehren in Brandenburg. Zu dem Zeitpunkt hat das Aktionsbündnis, momentan bestehend aus über 50 Organisationen, bereits zwei Jahre lang für eine nachhaltigere Landwirtschaft gekämpft.

Mit über 34.000 Stimmen konnten bereits 2014 deutlich mehr als die erforderlichen Unterschriften gesamt-



Mahnwache gegen Massentierhaltung vor dem Potsdamer Landtag am 27.09.2016

Foto: Mario Sitte

INHALT	
S. 2	Neues zum Volksbegehren gegen Massentierhaltung
S. 4	Offener Brief zu Reserveantibiotika in der Massentierhaltung
S. 5	Pressemitteilung Pastlingsee
S. 6	Tagung zum Strukturwandel in der Lausitz
S. 8	Weltfriedenstag 2016
S. 9	Wie ökologisch ist Vegan?
S. 10	Grundwasserabsenkung jetzt stoppen!
S. 11	Tagebau Gubin
S. 12	Neue EU-Tierzuchtverordnung

melt werden, um die Volksinitiative gegen Massentierhaltung erfolgreich zu beenden. Trotz des Erfolgs lehnte der Landtag in Potsdam die Initiative ab. Nach dem ebenfalls erfolgreichen Abschluss des Volksbegehrens musste sich der Potsdamer Landtag erneut mit den Zielen des Aktionsbündnisses auseinandersetzen.

Eine erneute Ablehnung hätte unwiderruflich zu einem Volksentscheid geführt. Nach einigen Wochen intensiver Gespräche zwischen den Initiatoren des Volksbegehrens und den Landtagsfraktionen wurde am 19. April 2016 schließlich ein Kompromiss verabschiedet. Die meisten Kernziele konnten dabei Eingang in den endgültigen Landtagsbeschluss finden (siehe Ausgabe des Liga Libell 158, Seite 9). Zusammenfassend waren dies die Erstellung eines Landestierschutzplans, der Einsatz eines Tierschutzbeauftragten, Veränderungen in der Förderung von Stallbauten und die Filterpflicht für Schweinemastanlagen mit mehr als 10.000 Tieren. Das Verbandsklagerecht für Tierschutzverbände wurde gestrichen.

Doch was wurde bisher von dem erarbeiteten Kompromiss umgesetzt? In einer ersten Bilanz wird von den Verbänden des Aktionsbündnisses wie dem BUND das schleppende Vorankommen

kritisiert. So soll ab 1. Januar 2017 ein Tierschutzbeauftragter eingesetzt werden, der von SPD und LINKE ursprünglich sogar erst für das Jahresende geplant war. Bis jetzt scheinen auch nur die Stelle des Beauftragten selbst und eine weitere Sachbearbeiterstelle eingerichtet zu werden. Ob diese Zahl ausreicht, ist fraglich. So hat die hessische Tierschutzbeauftragte, Dr. med. vet. Madeleine Martin, drei in Vollzeit und zwei in Teilzeit arbeitende Mitarbeiter sowie gelegentlich Praktikanten, um die Aufgaben zu bewältigen.

Der im Kompromiss verhandelte Tierschutzplan, der u. a. das Kupierverbot bis 2019 beinhaltet, soll erst Ende 2017 kommen. Allerdings wurden bereits jetzt erste Zahlen des Antibiotikaeinsatzes in Brandenburger Betrieben veröffentlicht. Diese sollen in Zukunft dafür genutzt werden, um den Antibiotikaeinsatz zu minimieren. Es muss dabei aber auch sichergestellt werden, dass nicht nur der Einsatz zurückgefahren, sondern auch kein Umstieg auf wirksamere Antibiotika erfolgt. So werden in deutschen Ställen schon sogenannte Reserveantibiotika eingesetzt, die enorm wichtig für die Humanmedizin im Kampf gegen multiresistente Keime sind. Werden diese vermehrt in der Landwirtschaft eingesetzt, können sie langfristig ebenfalls

ihre Wirksamkeit verlieren, weil die Krankheitserreger in Form von Bakterien abermals Resistenzen bilden können. Weit mehr ist in Sachen Tierschutzplan bis jetzt aber nicht passiert. Bei den Filteranlagen für Schweinemastanlagen mit mehr als 10.000 Tieren gibt es noch gar keinen Plan für ein konkretes Vorgehen.

Positiver sieht es hingegen bei der Überarbeitung der Fördersummen für Großanlagen aus. So soll u. a. die maximale Fördersumme für Stallbauten 600.000 Euro betragen. Hier soll im Förderjahr 2017 die Umsetzung folgen, wobei schon jetzt einige Punkte Eingang in eine Richtlinie gefunden haben.

Das Aktionsbündnis möchte bis spätestens Ende 2017 alle Punkte umgesetzt oder zumindest im weit vorangeschrittenen Stadium sehen. Sollte dies nicht der Fall sein, wird man den im Kompromiss nicht mehr enthaltenen Punkt des Verbandsklagerechts für Tierschutzverbände erneut aufgreifen und eine weitere Volksinitiative ins Leben rufen, um diesen Punkt erneut auf die Agenda zu bringen.

Geht man davon aus, dass die momen-

tane Regierung einem Verbandsklagerecht sehr kritisch gegenübersteht, müsste das Bündnis wahrscheinlich nochmals alle politischen Wege von der Volksinitiative bis zum Volksentscheid passieren.

In Brandenburg muss dabei die Mehrheit für die Belange des Volksentscheids stimmen, aber gleichzeitig muss diese Mehrheit aus 25 % der wahlberechtigten Einwohner_innen bestehen. In Brandenburg müssten also mindestens 500.000 Menschen mit „Ja“ stimmen. Dieses Ziel wird nicht leicht zu erreichen sein. Nicht umsonst gab es den Kompromiss beim aktuellen Volksbegehren.

Es gibt also noch eine Menge zu tun. Das Aktionsbündnis setzt sich momentan für die Unterstützung und Vernetzung von Bürgerinitiativen ein, die sich gegen den Neu- oder Umbau von Stallbauten wehren, beispielsweise der Bau einer Legehennenanlage für ca. 40.000 Hennen in Zehlendorf.

Brandenburg hat momentan 664 bestehende Nutztieranlagen und neue sollten mit Unterstützung der Politik die nächsten Jahre hinzukommen.



Luftaufnahme einer Hühnermastanlage mit 763.000 Hühnern

Foto: Timo Stammberger

Meist recht versteckt gebaut, sind viele Großanlagen nicht immer auf den ersten Blick erkennbar. Der Um- oder Neubau einer Großanlage in der Nähe eines Dorfes oder einer Stadt wird in Brandenburg durch die Bevölkerung jedoch immer mehr mit kritischem Blick betrachtet. So gab es auch am 27.09.2016 vor dem Potsdamer Landtag eine Mahnwache gegen Massentierhaltung (siehe Foto S. 2), um das Thema nach dem Volksbegehren nicht aus den Köpfen verschwinden zu lassen.

Wenn der Kompromiss ins Stocken geraten sollte, aber auch wenn 2017 alles in die Wege geleitet wurde, sollten wir Verbraucher aber nicht vergessen, dass wir bereits jetzt und in der Zukunft an der Einkaufskasse mit unserem Geld täglich mitentscheiden, welche Richtung unsere Landwirtschaft einschlägt. Es gibt der Politik einen weiteren Impuls, wenn die Verbraucher nicht nur bei Petitionen und Volksbegehren unterschreiben, sondern sich auch beim Einkauf für eine andere Landwirtschaft entscheiden.

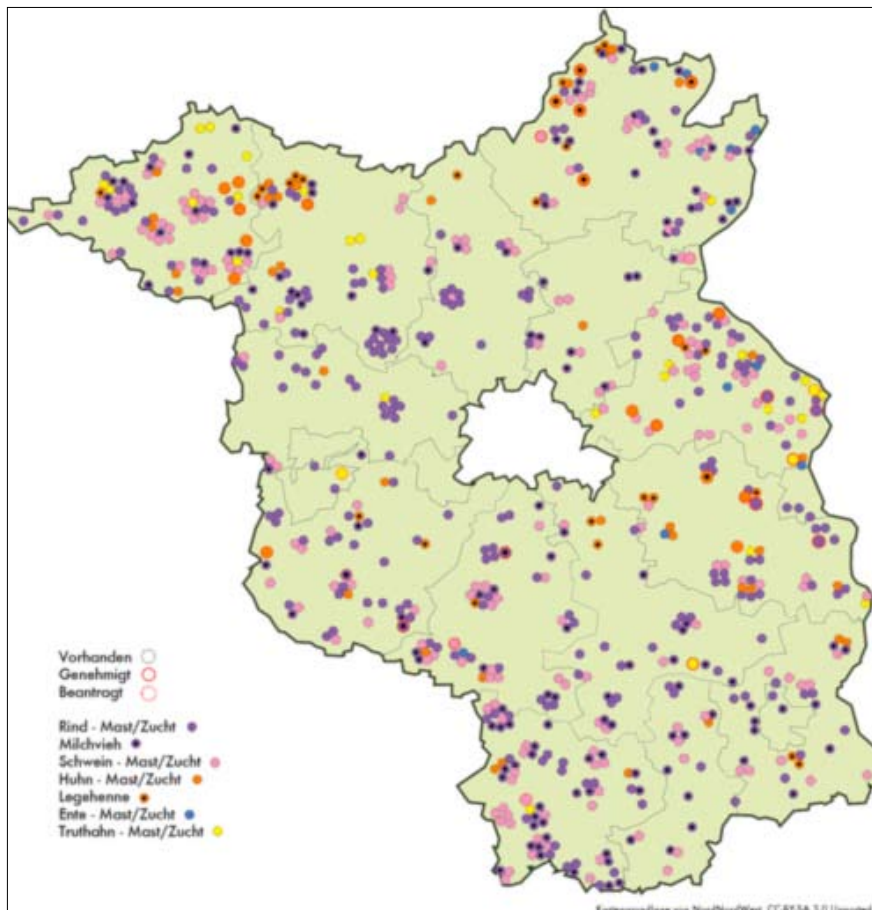
■ Mario Sitte

Mario Sitte studierte im Masterstudienengang Ökologie, Evolution und Naturschutz an der Universität Potsdam. Seine Themenschwerpunkte



Foto: Mario Sitte

sind Botanik, Naturschutz und Nachhaltigkeit. Nach dem Studium arbeitete er im Naturschutzzentrum Krugpark in Brandenburg an der Havel und ist aktuell beim BUND in Potsdam tätig. Zudem engagiert er sich ehrenamtlich bei der Albert Schweitzer Stiftung für unsere Mitwelt und koordiniert die Aktionsgruppe in Potsdam.



Karte der Massentierhaltungsbetriebe in Brandenburg (Stand 2013)

Quelle: BUND

Steigende Gefahren durch Einsatz von Reserveantibiotika in der Massentierhaltung

Offener Brief an Christian Schmidt (CSU), Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft

Sehr geehrter Herr Bundesminister, das zum Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft gehörende Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) hat am 3. August 2016 die Abgabemengen von Antibiotika an Tierärzte und Tierärztinnen bekanntgegeben. Demnach ist die Gesamttonnage der Antibiotika für Veterinärzwecke gesunken.

Zugleich weist das BVL in seiner Veröffentlichung darauf hin, dass die eingesetzte Menge „für den Menschen besonders relevanter Antibiotika“ im Erfassungszeitraum deutlich angestiegen ist (Fluorchinolone: + 82 %; Cephalosporine: + 52 %), die Behörde macht aber die schwerwiegenden Folgen dieser Entwicklung nicht deutlich. Bei diesen Antibiotika handelt es sich um hochpotente, so genannte Reserveantibiotika, die für die Behandlung beim Menschen gegen resistente Keime zurückgehalten werden. Da Fluorchinolone von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) als für den Menschen besonders wichtig eingestuft werden, sehen die unterzeichnenden Organisationen in dem vom BVL dokumentierten Wirkstoffwechsel keinen Anlass für eine Erfolgsmeldung, sondern deutlichen Handlungsdruck mit Blick auf den steigenden Absatz sogenannter Reserveantibiotika für die Verwendung in der Fleisch- und Milchproduktion.

Durch den flächendeckenden Antibiotikaeinsatz in der Massentierhaltung ist die Entstehung resistenter Keime unvermeidbar, die z. B. über die Nahrungskette auch in den menschlichen Organismus gelangen können. Antibiotikaresistenzen machen weder vor Grenzen noch vor Stall- oder Krankenhaustüren halt und selbst die Umwelt ist betroffen. Die Resistenzentwicklung in Intensivtierhaltungen und die Übertragung über tierische Lebensmittel sollten aus unserer Sicht weitaus stärker ins Bewusstsein rücken, zumal im staatlichen Zoonosen-Monitoring 2013 in 66 % der

Proben von frischem Hähnchenfleisch ESBL-bildende E. coli (Kolibakterium) nachgewiesen wurden.

Ende der 1990er Jahre starben dem US-amerikanischen Wissenschaftler Dudley Williams zufolge weltweit bereits rund 200.000 Menschen, weil Antibiotika ihnen nicht mehr helfen konnten. In den USA sorgte 2005 allein ein multiresistenter Staphylococcus aureus-Keim für 18.650 Todesfälle. In der Bundesrepublik Deutschland sterben nach Angaben des Max-Planck-Institutes alljährlich ca. 15.000 Personen, weil Antibiotika nicht mehr wirken.

Wir sehen dringenden Handlungsbedarf für Nachbesserungen hinsichtlich der Regeln zum Antibiotikaeinsatz in Tierhaltungen. Anlässlich der anstehenden Agrarministerkonferenz vom 7. – 9. September in Rostock-Warnemünde bitten wir um Nachricht, inwieweit die Beschlüsse der Agrarministerkonferenz vom April 2016 insbesondere zu sogenannten Reserveantibiotika umgesetzt wurden.

Das BVL wertet die Zahlen mit dem Verweis auf einen Rückgang der verwendeten Mengen als Erfolg. Das ist aus unserer Sicht voreilig, denn die erwähnte Reduktion um 40t Tonnen erlaubt keinen Rückschluss auf einen sparsameren oder sachgerechteren Umgang mit den Mitteln, da das BVL die höhere Effektivität gerade der neueren Mittel unzureichend berücksichtigt. Im Zuge dieses Wirkstoffwechsels können etwa mit Antibiotika wie BAYERs Baytril und anderen Arzneien wesentlich mehr Tiere behandelt werden als mit den herkömmlichen Antibiotikaklassen. Eine Tonne des zur Gruppe der Fluorchinolone gehörenden Baytril von BAYER würde beispielsweise für die Behandlung von über zwei Millionen Mastschweinen ausreichen, eine Tonne Tetracyclin gerade einmal für 39.000 Schweine. Hinter der im BVL-Bericht vorgestellten „Halbierung“ des Antibiotikaeinsatzes in Tierställen kann sich somit tatsächlich sogar eine erhöhte Anzahl der mit Antibiotika behandelten Tiere verbergen.

Aus den genannten Gründen ist die nach der jüngsten Arzneimittelnovelle

(16. AMG-Novelle) vorgeschriebene Angabe der Antibiotikaverordnungen in Tonnen als Gradmesser eines Rückgangs oder Anstiegs des Antibiotikaeinsatzes irreführend und steht im Gegensatz zu einer transparenten Aufklärung, wie sie das BVL leisten sollte. Es müssten vielmehr Kriterien verwendet werden, die sowohl die Wirksamkeit der Antibiotika, die Anzahl der behandelten Tiere als auch insbesondere die Risiken für Mensch, Tier und Umwelt berücksichtigen.

Um die Risiken für die „Eine Gesundheit“ (WHO: One Health-Prinzip) Mensch, Tier und Umwelt adäquat zu berücksichtigen, fordern wir die folgenden Maßnahmen zeitnah umzusetzen.

- Als wichtigster Schritt, der die Vergleichbarkeit der Antibiotikamengen sicherstellen würde, ist eine Angabe als „Defined Daily Doses“, als Erfassungskriterium notwendig, also der Zahl der pro Tag oder Tier verabreichten Antibiotikamengen.
- Erfassung des Antibiotikaeinsatzes in allen Tierhaltungen, nicht nur in ausgewählten Mastbetrieben wie bisher
- Durchführung eines Antibiotigramms (Wirksamkeitstest) als Pflichtvorgabe bei Antibiotikaeinsätzen (anstelle der bisher freiwilligen Durchführung)
- Verbannung des Einsatzes von Reserveantibiotika aus Intensivtierhaltungen
- Einschränkung der Umwidmungsmöglichkeiten von Wirkstoffen.

Weiterhin ist eine notwendige Voraussetzung für einen deutlich geringeren Antibiotikabedarf in Tierhaltungen in Deutschland die Verbesserung des gesetzlichen Tierschutzes über die Nutztierhaltungsverordnung. Die Verwendung von (Reserve-)Antibiotika zur Kompensation von Haltungs-, Management- oder Hygienemängeln in der Intensivtierhaltung widerspricht dem One-Health-Prinzip.

Äußerst bedenklich stimmt uns in diesem Zusammenhang auch der weiterhin dutzende Tonnen betragende Einsatz von Colistin bei Tieren. Die aus humanmedizinischer Sicht unverzichtbaren Reserveantibiotika („WHO list of Critically Important Antimicrobials [CIA]“) der Fluorchinolone, Cephalosporine der 3. und 4. Generation sowie von Colistin sollten nicht in der Massentierhaltung eingesetzt werden!

Wir gehen davon aus, dass Sie unsere berechtigten Sorgen nachvollziehen können und möchten Sie bitten, zeitnah

folgende Fragen zu beantworten:

- Welche Änderungen der Kriterien zur Erfassung der Antibiotikaabgaben an Tierärzte und Tierärztinnen werden Sie veranlassen?
- Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um den Einsatz von Antibiotika in der Massentierhaltung generell und insbesondere der „Reserveantibiotika“ nachhaltig zu reduzieren?
- Werden Sie sich für ein Verbot der Verwendung von „Reserveantibiotika“

in der Massentierhaltung einsetzen?

■ Antonius Michelmann (Coordination gegen BAYER-Gefahren e. V. (CBG))
Dr. Jutta Weinmann (Ärzte gegen Massentierhaltung)

Susan Haffmans (Pestizid Aktions-Netzwerk e. V. (PAN Germany))

Alexandra Caterbow (Health and Environment Justice Support e. V. (HEJSupport))

Reinhild Benning (Germanwatch e.V.)

Dr. Claudia Preuß-Ueberschär (Tierärzte für verantwortbare Landwirtschaft e. V.)

Austrocknung des Pastlingsees

Pressemitteilung:

Mitverantwortung des Braunkohletagebaus für Austrocknung des Pastlingsees unabhängig prüfen

Potsdam/Forst, 09.06.2016. Die Grüne Liga Brandenburg wertet es als Erfolg des öffentlichen Druckes, dass ein Gutachten im Auftrag des Landes die Ursachen für die Austrocknung des geschützten Pastlingsees ermitteln soll. Trotz deutlicher Anzeichen für eine Verursachung durch den nahen Braunkohletagebau Jänschwalde leugnet der Vattenfall-Konzern bisher jede Verantwortung für den eingetretenen Schaden an dem Schutzgebiet von Europäischer Bedeutung. Die Grüne Liga Brandenburg zieht eine Klage gegen das Fehlen der Ursachenforschung zurück und wird die eingeleitete Prüfung kritisch begleiten.

„Zukünftig müssen die brandenburgischen Behörden verstärkt ihrer Kontrollpflicht gegenüber dem Tagebaubetreiber nachkommen“, sagt Heinz-Herwig Mascher, Vorsitzender der Grünen Liga Brandenburg. Mascher weiter: „Wir begrüßen das jetzt gegebene Versprechen des Landes, der Ursache für die Austrocknung auf den Grund zu gehen. Sollte das Land Brandenburg eine Mitverantwortung des Tagebaues für die Schädigung des europäischen Schutzgebiets ignorieren, halten wir uns weiterhin rechtliche Schritte offen. Das Ziel unserer bisherigen Klage gegen den Landkreis Spree-Neiße war es, dass eine Prüfung der Ursachen der Austrocknung des Sees überhaupt



Der Pastlingsee im Oktober 2016

Foto: Manfred Leopold/LAVB e. V.

stattfindet. Das ist nun erreicht.“

Hintergrund:

Im, nach der europäischen Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (FFH-Richtlinie) geschützten, Pastlingsee und -moor sanken die Wasserstände mit der Annäherung des Braunkohletagebaues Jänschwalde seit Jahren. Es kam 2015 zu einem Fischsterben und Trockenfallen großer Bereiche. Angler und zahlreiche weitere Bewohner der Region protestierten.

Als Sofortmaßnahme richtete der örtliche Gewässerverband eine künstliche Wassereinleitung ein. Da die Behörden eine Mitverantwortung des Tagebaues nicht geprüft hatten, genehmigte statt der Landesbergbehörde der Landkreis Spree-Neiße die Einleitung. Die Grüne Liga Brandenburg ging gegen diesen Bescheid rechtlich vor, da eine Ursachenprüfung und notwendige Auflagen zum Schutz vor überhöhter Phosphatbelastung fehlten.

Für eine Verursachung der Austrocknung durch den Tagebau spricht, dass wie bei den Feuchtgebieten in Tagebaunähe in keinem Moor oder See der Region im Sommer 2015 vergleichbare Austrocknungserscheinungen festgestellt wurden. Die Behauptung, das Pastlinggebiet sei nach unten komplett abgedichtet, wurde bisher nirgends bewiesen.

Dramatisch ist die Austrocknung auch im FFH-Gebiet Jänschwalder Laßinswiesen. In dem gleichfalls in Tagebaunähe gelegenen Wiesengebiet geht der geschützte Feuchtwiesencharakter seit Jahren deutlich zurück. Aufgrund eindeutiger Aussagen im, den Behörden vorliegenden, Monitoringbericht hat die Grüne Liga Brandenburg hier im November 2015 gegenüber dem Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe einen Schaden nach Umweltschadengesetz geltend gemacht. Eine inhaltliche Beantwortung steht bis heute aus.

Der Braunkohletagebau Jänschwalde wird bis heute ohne Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) betrieben. Die Grüne Liga Brandenburg hatte im Jahr 1994 gegen die ohne UVP erfolgte Zulassung des Rahmenbetriebsplans geklagt, war aber im Jahr 2002 vor dem Bundesverwaltungsgericht unterlegen. Mit neuerer Rechtsprechung wäre das damalige Urteil des BVerwG jedoch nicht mehr vereinbar.

Ansprechpartner: René Schuster (0151-14420487)

■ Grüne Liga Brandenburg e. V.

Strukturwandel in der Lausitz



Die Gedenksteine des Dorfes Horno

Foto: Jonas Köhler

Am 08.09.2016 fand eine Tagung der Umweltgruppe Cottbus der Grünen Liga Brandenburg e. V., des Liechtenstein Instituts für strategische Entwicklung und des evangelischen Kirchenkreises Cottbus statt. Diese befasste sich mit dem anstehenden Strukturwandel in der Lausitz, konkret mit den jetzigen Braunkohlekraftwerk Jämschwalde, und der damit verknüpften Arbeit der Master-Class des Liechtenstein Instituts. Dazu wurden zahlreiche Vorträge von Firmen und Personen aus der Region gehalten, die bereits etwas verändert haben und noch verändern wollen. Außerdem wurde ein kleiner Einblick in die Arbeiten der Studierenden gegeben. Das fertige Anschauungsmaterial konnte an Tafeln und in einem Prospekt eingesehen werden.

Bevor die Veranstaltung begann sah ich mir die Gedenksteine des Dorfes Horno an. Diese sind nicht weit vom Tagungsort, der Mosaik-Gundschule Peitz, entfernt und waren leider weder ausgeschildert noch mit einer informativen Tafel ausgestattet. Schade, denn die Inschriften auf den Steinen sind schwer zu entziffern. Ein Stein war mit dem Namen des abgebaggerten Dorfes versehen und die Inschrift der Jahreszahl war auch für mich kaum noch zu erkennen. Hier könnte man sich einen besseren Umgang mit der kleinen „Gedenkstätte“ wünschen.

Der offizielle Teil der Veranstaltung begann um 15:00 Uhr mit der Begrüßung durch Pfarrerin, Ulrike Menzel, die Superintendentin des Evangelischen Kirchenkreises Cottbus. Die Beteiligung der Kirche begründete sie mit dem angestrebten Austausch aller Seiten. Sowohl Braunkohle-Befürworter als auch Braunkohle-Gegner müssen gemeinsam die Lausitz gestalten und sich mit der Gegenseite auseinandersetzen.

Weiter ging es mit einem Grußwort der Amtsdirektorin des Amtes Peitz, Elvira Hölzner. Sie sah die Braunkohle als energieliefernden und arbeitsplatzschaffenden Rohstoff und daher als unverzichtbar an. Außerdem freute sie sich über die Arbeiten der Studierenden zur Nachnutzung des Kraftwerks Jämschwalde, da diese ohne jegliche Vorbelastungen und persönliche Vorbehalte entstehen konnten.

Anschließend stellte Professor Peter Droege eben diese Konzepte vor. Dabei erläuterte er, dass sich 15 Studierende mit fünf Themen zur Restrukturierung der Lausitz beschäftigten. Diese Einteilung bestand aus den Oberbegriffen Wasser, Landschaft, Kultur, Industrie und Energie. Die Studierenden stammen aus 15 unterschiedlichen Ländern, wie z. B. Portugal, Indien und Ägypten. Unterstützt wurden sie bei ihrer Arbeit von fünf Experten, die Arbeit bestand aus vier Monaten des Tüftelns an der Universität und sieben Tagen Aufenthalt in der Lausitz.

Über finanzielle Belange wurde anschließend ein Vortrag zur Wirtschaftsförderung vom Bundesministerium für Energie und Technologie von Bernd Heibel, einem zuständigen Mitarbeiter eben dieses Ministeriums, gehalten. Er erläuterte, welche Förderungen bereits vom Ministerium angeboten werden, wie zum Beispiel die Unterstützung betrieblicher Investitionen mit GRW-Fördermitteln („Verbesserung der re-

gionalen Wirtschaftsstruktur“). Diese Fördermittel werden ab dem 01.01.2017 einen breiteren Verwendungszweck finden, sobald die sogenannte Experimentierklausel von allen Stellen genehmigt wurde. Diese Klausel wird dann genutzt, um neue, noch nicht vorgesehene Projekte zu fördern. Die Ziele des Bundesministeriums sind, in der Lausitz den Gründergeist anzuregen, Fachkräfte in die Region zu holen, Innovationspotenziale zu nutzen und die regionalen Wirtschaftsstandorte zu stärken.

Daraufhin stellte sich das mehrfach ausgezeichnete regionale Unternehmen „Nagola Re“ vor. Dieses beweist, dass das Ziel der Zurückführung von Fachkräften in die Region, wie bereits im vorangegangenen Vortrag erwähnt, durchaus machbar ist. Denn seit der Gründung 2011 wachsen der Aufgabenbereich und die Mitarbeiterzahl stetig. Die Gründerin, Diplom-Biologin Christina Grätz, erklärte lebhaft, welche Aufgaben zum Spektrum der Firma gehören. Von Bio-Monitoring über Artenschutz bis hin zur Forschung war alles dabei. Viele praktische Aufgaben, u. a. auch für den Auftraggeber Vattenfall, werden erledigt. Für Vattenfall war das die Renaturierung und Pflege von Naturschutzflächen in direkter Umgebung des Kraftwerks Jämschwalde. Die Firmenzentrale versorgt sich dabei selbst mit Solarstrom und es wird nur Saatgut aus der Region für die vielfältige Arbeit mit Flora und Fauna genutzt.



über die Pläne der Studenten konnten sich die Tagungsteilnehmer auf Postertafeln informieren

Foto: ideengruen

Als ein neues Anliegen brachte der „Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) Gründerchampion 2015“ eine Verwendung längst vergessener Wildpflanzen als Ernährungsgrundlage, Eiweißfutter für Tiere und Verpackungsmaterial in die Tagung ein. Man will einen neuen Bereich erschließen und selbst Wildpflanzen, die als Nutzpflanzen fungieren, produzieren. Mit den Pflanzen kann man vielfältigere Fruchtfolgen für die einseitige Landwirtschaft bieten, das Soja-Futter für Tiere in der Landwirtschaft ersetzen und die eingeeengte Ernährung, die sich bei der Mehrheit der Weltbevölkerung auf zwölf Nutzpflanzen von mehreren tausend bekannten Arten beschränkt, aufbrechen. Mit der dadurch entstehenden Industrie um Wildpflanzen könnten dann auch die Fachkräfte aus dem Bergbau beschäftigt werden und eine große Sorge in der Debatte zum Braunkohleausstieg wäre gebannt. Denn Arbeitsstellen würden nicht wegfallen, wenn sich stufenweise neue, alternative Industrien aufbauen.

Ein Beispiel bürgerliches Engagements folgte im weiteren Verlauf der Tagung. Der Unternehmensberater Silvo Pohl machte auf die „regional (ge)Macht“-Märkte aufmerksam, die er mit regionalen Produzenten von Waren aller Art organisiert. Dies dient der Zusammenführung eben dieser Hersteller und der Vermarktung regionaler Produkte. Es beteiligen sich bereits die Orte Lübben, Burg, Vetschau, Peitz und seit Neuestem auch Luckau. Für 2017 strebt der Zusammenschluss noch mehr Zusammenarbeit und mehr Beteiligung der Produzenten sowie einen Webauftritt zur Realisierung der besseren Vermarktung an.

Danach ging es in eine halbstündige Pause, in der viel über das Gesehene und Gehörte diskutiert und die Ausstellung der Arbeiten unter die Lupe genommen werden konnte.

Im darauf folgenden Vortrag der Glasmanufaktur Brandenburg in Tschernitz wurde der Werdegang des 2007 von Interfloat Corp. aus Liechtenstein übernommenen Standorts dargestellt. Geschäftsführer und Diplom-Ingenieur Uwe Wehder erzählte aber nicht nur von dem dort produzierten Solarglas, das in unterschiedlichen Veredelungsstufen Anwendung in Photovoltaik und

Gewächshäusern findet, sondern auch vom Mangel an Auszubildenden. Der Altersdurchschnitt von 46 Jahren in seiner mehr als 200 Mitarbeiter starken Firma gibt ihm zu denken. Schließlich sind gerade nur noch drei Azubis im Unternehmen anzutreffen. Das ist besonders dem Standort des Unternehmens und der damit verbundenen Entfernung zu den Verbandsschulen für die Auszubildenden geschuldet. Uwe Wehder fordert ein Umdenken bei der Wahl von Bildungsstandorten, um dem Mangel an Auszubildenden, der bei fast allen regionalen Firmen existiert, entgegenzuwirken.

Ein Projekt zur Unterstützung der in der Tagung immer wieder erwähnten Rückkehr der Fachkräfte wurde im Folgenden präsentiert. In Steffen Sickerts Fachkräfte-Netzwerk können sich die Rückkehrer kostenlos anmelden und ihre Informationen für Unternehmen bereitstellen. Das gesamte Projekt finanziert sich über Provisionen, die die Unternehmen ihm auszahlen. Die Internetseite findet sich unter www.steffen-sickert.de.

Dann wurde das Bürgerenergieprojekt SoGeLa aus der Lausitz von Matthias Bärmann vorgestellt. Er schilderte den Werdegang der Genossenschaft und die Erfolge, die sie seit 2009 bei der Mitgliedersuche und der Mitwirkung an der Energiewende verzeichnen konnte. Das Ziel dieses Projekts ist, die Solarverstromung in der Region einfach zugänglich zu machen. Die Mitglieder können dabei die wichtigen Entscheidungen durch Abstimmungen tragen. Auf diesem Weg wurde z. B. vor Kurzem die Genossenschaft befähigt, mit Strom und Wärme zu handeln.

Das letzte Referat des Tages befasste sich mit den Erfahrungen der Nachnutzung von Industriebauten. Heidi Pinkepank vom Institut für neue Industriekultur INIK GmbH Cottbus schloss damit wieder den Kreis. Denn sie verwies insbesondere auf die Notwendigkeit von früher und genauer Planung im Zusammenhang mit der Industriebauverwendung. Das Unternehmen selbst betätigt eine solche akribische Planung und Evaluation von verlassenen Industriestandorten. Als Beispiel für eine schlechte und unstrukturierte Planung gibt sie das Londoner Kohlekraftwerk an, das seit Jahren der Stilllegung immer noch keinen neuen Verwendungs-

zweck hat. Darum ist es umso wichtiger, Austauschmöglichkeiten wie diese Veranstaltung zu nutzen, um gemeinsam über die Nachnutzung des Kraftwerks Jänschwalde zu diskutieren.

Den Abschluss der Tagung bildete ein Resümee, welches die wichtigen Gesichtspunkte des Tages umfasste. Dabei wurde mit besonderer Emphase darauf eingegangen, dass man sich klar werden muss, wie man neue Aspekte sieht. Da man nur das sieht, was man erwartet, was ja empirisch belegt ist, wird es schwierig, ohne eine rege Diskussion die einzelnen Mosaik-Stücke aus Meinungen zu einem großen Ganzen zusammenzufügen. Die starke Kommunikation unter den Teilnehmern wurde als ein gutes Zeichen empfunden. Man sprach sich, in Anlehnung an die Ideen für das Kraftwerk Jänschwalde, noch einmal für eine Veränderung des Vorhandenen statt eines Abrisses und folgendem Neubau aus.



Die Tagung war gut besucht

Foto: ideengruen

Damit endete diese gelungene Veranstaltung mit zahlreichen neuen Eindrücken für alle Teilnehmenden. Nennenswerte Beispiele aus der Ideen-sammlung der Studenten sind:

- das Kraftwerk Jänschwalde als Zentrum für E-Mobilitäts-Forschung, -Entwicklung und -Produktion
- „Demographisches Balancieren“, also die Integration von Flüchtlingen zur Wirtschaftsstimulation
- die Verwendung von Pflanzenkohle als Energielieferant und das Entstehen einer „Stadt der Bio-Kohle“.

Die Arbeiten wurden anschließend im Cottbuser E-Werk (09. - 11. September), im Einkaufszentrum Blechen-Carré (12. - 21. September) und in der Peitzer Kirche (26. Sept. - 8. Okt.) ausgestellt.

■ Jonas Köhler
Freiwilliges Ökologisches Jahr

Rede zum Weltfriedenstag am 01. September 2016 in Cottbus (Auszug)

Die Mehrheit unserer gewählten Repräsentanten im Bundestag und Bundesrat hat unsere Beteiligung an Stellvertreterkriegen beschlossen, in denen die Magnaten der westlichen Welt und die östlichen Oligarchen gegeneinander Kriege führen lassen. Kriegsflüchtlinge sind ihnen nicht willkommen.

Das Beispiel Syrien zeigt, dass die Zivilbevölkerung vor dem Terror ausländischer Bomber und Söldner fliehen muss. Die nationalen Globalstrategen, die Bombenflugzeuge und Bomben entsenden, lassen keinen legalen Zugang von betroffenen Zivilisten in ihre eigenen Länder zu. Sie bezahlen Massenmedien, um ihre Kriegsstrategien als Verteidigung menschenfreundlicher Werte zu propagieren.



Dieter Brendahl mit seiner Tafel

Foto: Dieter Brendahl

Mit dieser Tafel (siehe Foto) will ich auf die wesentlichste Kriegsursache, die Ausbeutung von Menschen und Ressourcen im Interesse von Kapitalvermehrung und Wirtschaftsmacht, hinweisen.

Für die Art der Energieversorgung für den Privatgebrauch, für Industrie, Landwirtschaft, Handwerk, Dienstleistung und Verkehr ist entscheidend,

- ob wir den durch Industrialisierung vor 180 Jahren begonnenen menschengemachten Klimawandel noch aufhalten können und

- ob es uns gelingt, atomare und fossile Energieträger gegen Sonnen- und Windenergie auszutauschen.

Ich kann mir schwer vorstellen, dass es möglich ist, um Sonne und Wind Kriege anzuzetteln, in denen wie jetzt an Stelle der kriegsverursachenden Eliten ganze Völker leiden müssen. Die Kriege, bei denen es faktisch um Ausbeutung der Ressourcen ferner Länder und Meere geht, haben inzwischen schon mehr Menschen das Leben gekostet, als der II. Weltkrieg.

Doch nun zur Tafel auf dem Foto: Sie ist mit Sicherheit unvollständig, denn ich bin nicht Moses und Moses hatte zwei Gesetzestafeln. Nach gegenwärtigem Stand von Wissenschaft und Technik könnten Industrie, Landwirtschaft und Haushalte sich weltweit selbst aus Sonne und Wind mit Energie versorgen, ohne von einem Kartell der Energieversorger und Übertragungsnetzbetreiber abhängig zu sein. Befreiung von Kartellabhängigkeit ist nur mit dezentraler Eigenversorgung der Verbraucher zu erreichen. Aber: Die Gesetze sind nicht so.

Sie verlangen Abgaben für Konzerne, Großhändler und Kriegsbeteiligung. Mit gesetzgeberischen Tricksereien wird indirekt die Besteuerung von Sonne und Wind eingeführt. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie täuscht einen Strommarkt vor, wo Spekulationsgrundlagen für Gewinne aus Selbsterstörung durch Kriege und Klimawandel geschaffen werden. Zum vom Bundestag beschlossenen Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) 2016 gehört der Börsenhandel mit Lieferversprechen für Strom aus Atomenergie und Kohle.

Damit wird ignoriert, dass in der Bundesrepublik schon jetzt über 30 Prozent des gesamten Stromverbrauchs von schwankendem Strom aus Sonne und Wind bestimmt wird. Es gibt keine zeitliche Übereinstimmung der Verfügbarkeit von Sonne und Wind mit dem Stromverbrauch. Nur Betrüger können mit Vorabhandel von Strom an der Börse Geld verdienen.

Die Konzerne weigern sich, in dezentrale Speicher für Überschussstrom zu

investieren, mit denen die natürlichen Schwankungen von Sonne und Wind ausgeglichen werden können. Das neue Gesetz hilft ihnen, sie von dieser lebenswichtigen Aufgabe zu entbinden.

Im Gegenteil: Der Bundestag und die Bundesregierung lassen zu, dass von privatwirtschaftlich organisierten Netzbetreibern die Kosten für einen Netzausbau eingetrieben werden, der nur dem Machterhalt der auf Gewinnmaximierung orientierten Konzerne dient. Es gibt im Land Brandenburg eine Region, in der mehr als 180 % des Stromeigenbedarfs aus Wind- und Solarenergie erzeugt wird. Die Bewohner haben davon nicht etwa Preisvorteile, sondern ihnen werden die Kosten des Abtransportes des Stromüberschusses als Strompreis und Steuern übergeholfen.

Wir hier, die Cottbuser Bürgerinnen und Bürger, müssen für die Transportkosten zum Export von überschüssigem Kohlestrom mit aufkommen. In unseren Strompreisen werden zusätzlich die Kosten für vom Ausland nicht erwünschten Import von Kohlestrom und die Kosten für weggeworfenen Wind- und Solarstrom versteckt. Es gibt scheinbar ein Tabu, aufgrund dessen Oppositionsparteien, Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen, Bürgerenergie-, Naturschutz-, und Umweltverbände vor der Vorlage eines gemeinsam erarbeiteten gemeinnützigen Gegengesetzentwurfs zurückschrecken.

Ein Gesetzentwurf, der mit den Strommarktregeln bricht, ist möglich. Einem Gesetz, das dem Eigennutz der Kapitaleigner von Konzernen dient, stünde dann der Entwurf eines gemeinnützigen Gesetzes entgegen. Damit kann das von der Kartell- und Konzernlobby beeinflusste und von der Regierungskoalition des Bundestages durchgewinkte EEG 2016 verhindert werden.

Ein Gesetzentwurf für dessen Annahme sich eine wahrhaftige Mehrheit des Volkes einsetzt, wäre als Begleitmusik für Friedensveranstaltungen wie unserer heutigen, ein Beitrag zum Erfolg

■ Dieter Brendahl

Wie ökologisch ist vegan?



Anita Idel mit neugierigen Rindern

Foto: Andreas Schhoelzel

ARCHE NOVA 1. Quartal 2016

Massentierhaltung verursacht grenzenloses Tierleid, zerstört die biologische Vielfalt und schädigt das Klima. Auch mit veganen Lebensmitteln sind Tierleid und ökologische Probleme verbunden, wenn sie nicht nachhaltig erzeugt werden. Schmerzlich ist für viele VegetarierInnen die Erkenntnis, dass Fleischprodukte sowie Milch- und Eiprodukte zwei Seiten derselben Medaille sind:

Jede Milchkuh und jede Legehähne hat einen Bruder, wobei der erste meistens gemästet und der zweite geschreddert oder vergast wird. Zudem führt die Züchtung auf Hochleistung bei den weiblichen Tieren letztlich zu Leiden und häufig zu Krankheit und frühem Tod. Viele VeganerInnen bewegt vor allem der fehlende Tierschutz in der industriellen Tierhaltung. Auf alles Tierische zu verzichten, birgt überwiegend nur scheinbar eine Lösung, es tangiert den Tier- und Umweltschutz. Viele Pflanzen werden mit Gülle gedüngt. Diese Gülle stammt überwiegend aus der Massentierhaltung und das proteinreiche Futter zu über 70 Prozent aus Südamerika.

(Keine) Alternativen zum tierischen Dünger

Keine Frage, wer aus Tierschutzgründen die Massentierhaltung ablehnt, will nicht nur keine industriell erzeugten tierischen Produkte essen, sondern lehnt auch pflanzliche Lebensmittel ab, die mit den Exkrementen leidender Tiere gedüngt werden. Aber welche Alternativen gibt es zu tierischem Dünger? Synthetischer Stickstoffdünger spielt weltweit die entscheidendere Rolle als nicht tierischer Dünger. Der Verbrauch nimmt weiter zu, obwohl seit Jahrzehnten seine ökologisch und gesundheitlich problematischen

Wirkungen auf Gewässer und die Nitratbelastung von Grundwasser und Brunnen bekannt sind.

Nicht nur in riesigen Monokulturen mit Mais und Getreide, sondern auch in kleineren Monoeinheiten wie im Gartenbau ist synthetischer Stickstoffdünger sehr verbreitet. Wer weiß schon, dass bei seiner Ausbringung Lachgas (N_2O) entsteht, das 300 Mal so klimarelevant wie CO_2 ist und den größten Beitrag der Landwirtschaft zum Klimawandel verursacht? Biobetriebe bauen stattdessen Leguminosen an wie Erbsen, Bohnen oder auch Soja, die den Boden mit Stickstoff anreichern.

Zudem nutzen sie tierische Exkremente, die den Phosphor im Kreislauf halten. Dagegen wirtschaften einige biovegane Betriebe im Kräuter- und Gemüseanbau auf der Basis von Kompost.

Heute ein Tabu...

In vielen Regionen gab der Mensch dem Boden durch tierische – und menschliche – Exkremente einen Teil der Nährstoffe zurück, die er ihm zur Produktion von Nahrungsmitteln und Futter entzogen hatte. Das Potenzial für die Entwicklung von fruchtbarem Boden offenbarte sich Forschern erst in den vergangenen Jahrzehnten am Amazonas:

Mit Bioabfällen, ihren Exkrementen und Pflanzenkohle hatten Inkas dort vor 500 Jahren ertragreiche Ernten auf den nährstoffarmen Regenwäldern erzielt. Keine Ausnahme – so konnte inzwischen auch in Asien und Westafrika die Nutzung der menschengemachten Schwarzerde (Terra preta) nachgewiesen werden. Aber nicht nur auf anderen Kontinenten, auch im einst slawischen Wendland kannte man das Rezept.

Heute heißt es in Berlin im Botanischen Garten: Die Natur kennt keine Abfälle! Ein Teil des Grünschnitts soll Energie erzeugen und dann als Pflanzenkohle dienen. Zusammen mit den von den Gästen und MitarbeiterInnen „produzierten Rohstoffen“ Urin und Fäzes soll daraus fruchtbare Erde werden. Doch wer heute dafür wirbt, mit menschlichen Ausscheidungen zu düngen,

berührt ein Tabu.

Wie es gehen könnte, erforscht Ralf Oterpohl an der Uni Hamburg-Harburg. Sein wichtigstes Credo: Kot und Urin dürfen nicht in Wasser gemischt werden. Sie müssen getrennt bleiben, um ihre biologische Wertigkeit zu bewahren. Zum Tabu kommen begründete Zweifel wegen der Rückstände – insbesondere durch ausgeschiedene Medikamente. Hoffen lassen Bakterien. Die meisten von ihnen reagieren flexibel: Wir können sie nutzen, wenn sie für ihre Energieversorgung abbauen, was wir eliminieren wollen.

Nachhaltig beweiden

Die Prärie Nordamerikas, die argentinische Pampa oder die Schwarzerden im deutschen Tiefland, sie alle sind fruchtbarste Steppenböden, entstanden durch Jahrtausende nachhaltiger Beweidung durch Wisente und Auerochsen sowie Hirschartige. Artgemäß gehaltene Rinder verursachen keine Nahrungskonkurrenz. Im Gegenteil: Ihr Gras fördert die Wurzel- und damit die Humusbildung (= Bildung von CO_2). So entlastet jede zusätzliche Tonne Humus die Atmosphäre um 1,8t CO_2 . Viel Fleisch zu essen bedeutet hingegen Nahrungskonkurrenz.

Die EU hängt am „Import-Tropf“ überwiegend aus Südamerika. Die dort für „unser“ Proteinfutter beanspruchte Ackerfläche von über 25 Mio. Hektar (v. a. Sojaschrot) steht für den Anbau von Lebensmitteln nicht mehr zur Verfügung.

IDUR

Informationsdienst Umweltrecht e.V.

IDUR INFORMATIONSDIENST
UMWELTRECHT E.V.
NIDDASTRASSE 74
60329 FRANKFURT/MAIN
TEL.: 069-252477
FAX.: 069-252748
E-MAIL: INFO@IDUR.DE
WWW.IDUR.DE

Fazit: Wer vegan lebt, hilft den viel zu hohen Fleischkonsum zu senken. Entscheidend aber ist eine nachhaltige Lebensweise, ob vegan, vegetarisch oder omnivor. Statt des zerstörerischen synthetischen Stickstoffdüngers müssen wir tierische wie menschliche Ausscheidungen wieder in Wert setzen – durch Strohmist statt Gülle sowie Trenn- und

Komposttoiletten und die Terra preta. Vor allem aber geht es um die unterschätzten Potentiale nachhaltiger Beweidung. Sie nützt nicht nur Böden, die zum Ackern zu steinig, steil, trocken oder nass sind, sie kann auch erodierte Ackerböden revitalisieren.

■ Anita Idel
(Tierärztin, Mediatorin)

Literaturtipp:



„Die Kuh ist kein Klimakiller“, Dr. Anita Idel (Lead-Autorin des Weltagrarberichts) 210 Seiten für 18,00 Euro (plus Porto) bei der Geschäftsstelle der GEH

Grundwasserabsenkung jetzt stoppen

Die Untersuchungen des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung (PIK) prognostizieren Wärme und Trockenheit. Das Landeskompetenzzentrum Forst (LFE) in Eberswalde beklagt das Absinken des Grundwasserspiegels in den märkischen Wäldern und führt dies u. a. auf die Wasserentnahme durch Wasserwerke zurück.

Ein Beispiel dafür haben wir vor unserer Haustür mit der Austrocknung des Potsdamer Landschaftsschutzgebiets (LSG) Parforceheide. Die Wasserwerke fördern schon sehr lange Wasser, ohne dass dies eine Austrocknung der Landschaft zur Folge hatte. Die Erklärung ist ganz einfach. Es wurde ökologisch gewirtschaftet, das Wasser wurde entnommen, genutzt und wieder im Entnahmegebiet dem Boden zurückgeführt. Es war das Hobrecht-Projekt: Außerhalb der Großstadt wurden große Flächen von der Stadt erworben und zu mit Abwasser („Schwarzwasser“) gedüngten Rieseltafeln für den Nahrungsmittelanbau her-



Ausgetrockneter Hirtengraben im LSG Parforceheide

Foto: peter E R N S T



Luftwurzeln einer Erle im LSG Parforceheide

Foto: peter E R N S T

gerichtet. Ein ausgefeiltes System von Bewässerungsgräben und Drainagen beschickte die Rieseltafeln umschlägig und ließ sie zur Bestellung trocknen. Diese Tafeln wurden verpachtet und brachten gute Erträge. Ein Nachteil war, dass der Kohl in der Küche sehr geruchsintensiv war. Die Bewirtschaftung dieses Systems war sehr aufwendig und schuf viele Arbeitsplätze, da die Wasser-Zu- und Abfuhr jeder einzelnen kleinen Tafel mit der Schaufel geregelt werden musste. Die Wege waren von verpachteten Obstbäumen gesäumt. Das Verfahren der Verpachtung wurde von der DDR durch Bewirtschaftung von den „Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften“ ersetzt. Ende der 80er Jahre sollten die kleinen Tafeln beseitigt werden, um Großregnern die Verteilung von geklärtem Abwasser zu ermöglichen. Heutzutage müssen Arbeitsplätze eingespart werden und das System der großen Rieselfelder ist aufgegeben. Es stellt sich allerdings die Frage: Wo bleibt denn nur unser brandenburgisches Wasser? Wenn Sie einen Schluck nehmen möchten, müssten Sie nach Hamburg fahren. Dort wäre die letzte Gelegenheit bevor mit unserem

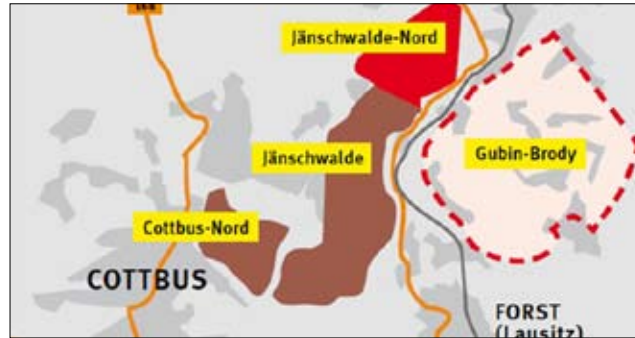
Wasser die Nordsee aufgefüllt wird, denn dort kommt es über Teltowkanal, Havel und Elbe an. Dessen sollte man sich erst einmal bewusst sein.

Wenn man also die fortschreitende Austrocknung unserer Wälder stoppen will, muss man den unnützen Abfluss unseres wichtigen Lebenselixiers stoppen. Eine einfache Lösung bietet sich mit unseren Wald- und Wiesenflächen an. Noch aus den Zeiten des Wasserreichtums existieren unzählige Wassersammel- und Abzugsgräben in unserer Landschaft. Die Güterfelder ehemaliger Feuchtgebiete und die Parforceheide sind davon mit vielen Nebengräben durchzogen. Eine wunderschöne Möglichkeit, das von den Klärwerken so gewissenhaft in vier Klärstufen gereinigte Wasser in den natürlichen Kreislauf zurückzuführen, wo es nach langer Zeit und langen Reinigungswegen eines Tages zu neuer Nutzung bereit stehen würde. Kosten entstünden im Prinzip nur für die Umlegung und Verbindung der Reinwasserleitungen der Klärwerke mit diesen Grabensystemen.

■ peter E R N S T
Landessprecher Grüne
Liga Brandenburg e. V.

Verfahren zum Tagebau Gubin ausgesetzt

Die GRÜNE LIGA begrüßt die Aussetzung des Genehmigungsverfahrens zum Tagebau Gubin an der deutschen Grenze durch die polnischen Behörden. Der einhellige Widerstand der Bürger und Kommunen auf polnischer und deutscher Seite der Neiße gegen den Tagebauplan hat sich gelohnt. Offensichtlich verfolgt der Investor PGE den Plan eines Tagebaus Gubin derzeit nicht weiter. Wir gratulieren der polnischen Bürgerinitiative zu diesem Erfolg, werden aber gemeinsam wachsam bleiben, bis die Pläne endgültig beerdigt sind. Die zuständige Regionaldirektion für Umweltschutz in Gorzów hat die Aussetzung



Karte zum geplanten Tagebau

Foto: Umweltstiftung Greenpeace/ A. Schön

des Verfahrens angekündigt, nachdem der Investor PGE offenbar nicht alle zur Umweltprüfung nachgeforderten Unterlagen eingereicht hat. Nach Auskunft der polnischen Bürgerinitiative ist ein Antrag auf Wiederaufnahme

des Verfahrens maximal drei Jahre lang möglich. Im Januar dieses Jahres hatte die GRÜNE LIGA im Rahmen der grenzüberschreitenden Umweltverträglichkeitsprüfung mehr als 1000 Einwendungen deutscher Bürger gegen das Vorhaben bei der Regionaldirektion in Gorzów übergeben. Der Tagebau Gubin war direkt auf polnischer Seite der Neiße südlich der Stadt Guben geplant und hätte dramatische grenzüberschreitende Auswirkungen auf Grundwasser und Lebensqualität.

- Grüne Liga Brandenburg
Umweltgruppe Cottbus

Werde Mitglied der Grünen Liga Brandenburg e.V.



Einzelmitglied	<input type="checkbox"/>	25,00 Euro / Jahr	oder ermäßigt	<input type="checkbox"/>	12,50 Euro / Jahr
Fördermitglied	<input type="checkbox"/>	ab 50,00 Euro / Jahr	Gruppenmitglied	<input type="checkbox"/>	75,00 Euro / Jahr

Vor- / Zuname*:

KontoinhaberIn*:

Adresse*:

Kreditinstitut*:

E-Mail-Adresse:

BIC*:

Telefon:

Geb.-Datum:

IBAN*:

*Pflichtangaben

Ich zahle per SEPA-Lastschrift und erteile eine Einzugsermächtigung bzw. ein SEPA-Lastschriftmandat für die:

Grüne Liga Brandenburg e.V., Lindenstraße 34, 14467 Potsdam

Ich ermächtige die Grüne Liga Brandenburg e.V. widerruflich, Zahlungen von meinem Konto mittels SEPA-Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von der Grünen Liga Brandenburg e.V. auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Mir ist bekannt, dass ich innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen kann. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Das Mandat gilt für wiederkehrende Zahlungen. Die Mandatsreferenz-Nr. wird dem Kontoinhaber mit einer separaten Ankündigung über den erstmaligen Einzug des Lastschriftbetrages mitgeteilt. Die Einzugsermächtigungen / das SEPA-Lastschriftmandat kann jederzeit ohne Grundangabe schriftlich widerrufen werden.

Ich/Wir möchte(n), dass der Beitrag bis auf Widerruf von meinem/unserem Konto abgebucht wird

Ich überweise den Jahresbeitrag auf das Konto der Grünen Liga Brandenburg e.V.

IBAN: DE22 1806 2678 0000 0550 00 BIC: GENODEF1FWA

Datum / Ort

Unterschrift

Hinweis: Satzung und Beitragsordnung sind auf unserer Internetseite www.grueneliga-brandenburg.de einzusehen.

EU-Tierzuchtverordnung berücksichtigt gefährdete Rassen



Original Braunvieh

Foto: Susanna Feldmann

ARCHE NOVA 3, Quartal 2016

Am 19. Juli 2016 trat die neue Tierzuchtverordnung EU 2016/1012 in Kraft und wird zum 1. November 2018 wirksam. In den vergangenen zwei Jahren konnten sich die Organisationen und Verbände aktiv an der Neugestaltung des Tierzuchtrechtes beteiligen. Die Gesellschaft zur Erhaltung alter und gefährdeter Haustierrassen e. V.

(GEH) hat insbesondere über den „Nationalen Fachbeirat für tiergenetische Ressourcen“ die Möglichkeit genutzt, in mehreren Stellungnahmen und Änderungsvorschlägen die Verordnung im Sinne der Zucht und Erhaltung der vom Aussterben gefährdeten Tierrassen zu verbessern.

Dabei wurden auch einige unserer Ideen, Vorschläge und Gedanken aufgegriffen und finden sich nun in der Verordnung wieder. Bereits in der Entwurfsfassung der EU-Kommission war die Erhaltung von gefährdeten Rassen und genetischer Vielfalt als ein wichtiges Ziel der Verordnung vorgestellt worden. Es zeigt sich, dass dieses wichtige Thema somit auf dieser Ebene sehr ernst genommen wird und anerkannt ist.

Die neue Verordnung ersetzt nun in verschiedenen Verordnungen verteilte



Karakulschaf

Foto: Susanna Feldmann

Recht in der EU zur Tierzucht.

Es umfasst die Tierarten Pferd, Esel, Rind, Schaf, Ziege, und Schwein.

Deutschland will diese Verordnung weitgehend wortgenau umsetzen, so dass zu hoffen ist, dass die Zucht gefährdeter Nutztierassen in Zukunft weniger durch rechtliche und bürokratische Hemmnisse eingeschränkt wird.

■ Erwin Schmidbauer

VISIONEN HABEN

HANDELN ANREGEN

NETZWERKE KNÜPFEN

IM JAHR 1990 GRÜNDETEN UMWELTBEWEGTE EIN NETZWERK, DAS SEINE WURZELN IN DEN KIRCHLICHEN UMWELT- UND FRIEDENSGRUPPEN, STADTÖKOLOGIEGRUPPEN SOWIE VIELEN ÖRTLICHEN NATUR- UND UMWELTSCHUTZINITIATIVEN DER DDR HAT. DIE GRÜNE LIGA BRINGT DEN ERFAHRUNGSSCHATZ IHRER VORGESCHICHTE IN IHRE GRUNDSATZPOSITIONEN EIN: GRENZEN DER RESSOURCEN AKZEPTIEREN, REGIONAL UND TRANSPARENT ENTSCHEIDEN, STRUKTUREN VON UNTEN ENTWICKELN, DIE ERDE ALLEN GEBEN, VIelfALT BEWAHREN, WERTE NEU BESTIMMEN, GESCHICHTE BEGREIFEN, NEU DENKEN, KONSEQUENT TIEFGREIFENDE VERÄNDERUNGEN FORDERN, DIALOGE ERMÖGLICHEN, ÖFFENTLICHKEIT INFORMIEREN, KONFLIKTE OHNE GEWALT LÖSEN.

DIE GRÜNE LIGA VEREINT GRUPPEN, INITIATIVEN UND EINZELPERSONEN, DIE SICH GEMEINSAM AUF VIelfÄLTIGE ART UND WEISE FÜR NATUR- UND UMWELTSCHUTZ EINSETZEN. INNERHALB DIESES NETZWERKS WAHREN DIESE GRUPPEN IHRE EIGENSTÄNDIGKEIT UND IDENTITÄT. ZIEL DES NETZWERKS IST DIE REGIONALE SOWIE FACHLICHE KOORDINATION UND UNTERSTÜTZUNG VON AKTEUREN UND AKTIVITÄTEN. DIE FACHARBEIT IST IN ARBEITSKREISEN VERNETZT – STRUKTURELL HABEN SICH IN DEN FÜNF NEUEN BUNDESLÄNDERN UND IN BERLIN LANDESVERBÄNDEN ZUSAMMENGESCHLOSSEN.

MAN KANN PROBLEME NICHT WEGREDEN; SIE MÜSSEN GELÖST WERDEN. DESHALB INITIIERT UND UNTERSTÜTZT DAS NETZWERK GRÜNE LIGA SEIT SEINER GRÜNDUNG PROJEKTE UND AKTIVITÄTEN ZUM NATUR- UND UMWELTSCHUTZ. EINIGE BEISPIELE DAFÜR SIND: UMWELTERZIEHUNG MIT KINDERN UND JUGENDLICHEN, UMWELTBERATUNG, NATUR- UND ARTENSCHUTZ, PROJEKTE UND AKTIONEN ZUR ABFALL- UND VERKEHRSVERMEIDUNG, LANDSCHAFTSPFLEGE, FÖRDERUNG VON NACHHALTIGER REGIONALENTWICKLUNG, FÖRDERUNG DES SANFTEN TOURISMUS UND ZU LOKALEN AGENDEN. DIE GRÜNE LIGA SUCHT IN IHRER ARBEIT DAS ZUSAMMENGEGEHEN MIT GLEICHGESINNTEN MENSCHEN, INITIATIVEN UND VEREINEN.

Impressum

Herausgeber und Verleger:
GRÜNE LIGA Brandenburg e.V.

Haus der Natur
Lindenstraße 34
14467 Potsdam

Tel.: 0331 - 20155 20

Fax: 0331 - 20155 22

potsdam@grueneliga-brandenburg.de
www.grueneliga-brandenburg.de

Redaktion:

Beate Mucks, Christine Titel,
Michael Ganschow, Hannes Rasch,
Jonas Köhler

Katrin Fahrrenz (Libell Logo)

Erscheinungsweise: quartalsweise

Preis: 1,00 Euro

bei Mitgliedern im Beitrag enthalten

Auflage: 1.000 Exemplare

Bankverbindungen:

Inhaber: Grüne Liga Brandenburg e.V.

VR Bank Lausitz

IBAN

DE22 1806 2678 0000 0550 00

BIC: GENODEF1FWA

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht die Meinung der Redaktion wiedergeben. Nachdruck und Weiterverbreitung der Texte nur mit vorheriger Genehmigung der Redaktion.